

# FREIBERUFLER-TICKER vom 18. Mai 2018

## 1. Online-Konsultation zur Zukunft Europas

Am Europatag, dem 9. Mai 2018, hat die Europäische Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) darüber gestartet, welchen Weg die Europäische Union aus Sicht der europäischen Bürger zukünftig einschlagen soll. Die zwölf Fragen dieser Konsultation sind das Ergebnis eines Bürgerforums, das am 5. und 6. Mai 2018 in Brüssel stattgefunden hat. Die Online-Konsultation, die noch bis zum 9. Mai 2019 laufen wird, steht in direktem Zusammenhang mit dem im März 2017 veröffentlichten [Weißbuch](#) der EU-Kommission über die Zukunft Europas und läuft parallel zu den von der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten organisierten und laufend durchgeführten Bürgerdialogen. Im Dezember 2018 will die EU-Kommission einen Zwischenbericht hierzu vorlegen. Ein Abschlussbericht soll am 9. Mai 2019 auf dem ersten Gipfeltreffen der EU27 in Sibiu, Rumänien, präsentiert werden.

## 2. Jahresbericht zum Bürokratieabbau beschlossen

Das Bundeskabinett hat am 15. Mai 2018 den Jahresbericht Bessere Rechtsetzung 2017 ([19/2160](#)) beschlossen. Vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2017 habe die Bürokratiebremse zu einer Entlastung der Wirtschaft um insgesamt 1,9 Milliarden Euro an jährlichem Aufwand beigetragen, so der Bericht. Zukünftig sollen Folgekosten europäischer Vorgaben stärker in den Blick genommen werden. Zudem will die Bundesregierung ein drittes Bürokratieabbaugesetz beschließen.

## 3. Deutschlandstipendium 2017

Im Jahr 2017 haben 25.900 Studierende ein Deutschlandstipendium erhalten. Wie das Statistische Bundesamt in einer [Pressemitteilung](#) vom 17. Mai 2018 mitteilt, ist dies ein Plus von zwei Prozent gegenüber dem Jahr 2016. Gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden des Wintersemesters 2017/2018 hat der Anteil 0,9 Prozent betragen. 51 Prozent der mit einem Deutschlandstipendium geförderten Studierenden sind Frauen gewesen. In Ingenieurwissenschaften sind 9.544 Stipendien vergeben worden, in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 7.699, für Mathematik/Naturwissenschaften 3.067, in Geisteswissenschaften 1.727, für Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften 1.537, für Kunst/Kunstwissenschaften 1.470 und für Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften sowie Veterinärmedizin 793. Den höchsten Anteil im Wintersemester 2017/2018 hat es im Saarland mit 1,5 Prozent, den geringsten in Hamburg und Schleswig-Holstein mit jeweils 0,4 Prozent gegeben. Die Stipendien in Höhe von monatlich 300 Euro werden hälftig vom Bund und von privaten Gebern finanziert. Dafür haben die Hochschulen im Jahr 2017 Fördermittel in Höhe von 26,9 Millionen Euro von privaten Mittelgebern eingeworben, drei Prozent mehr als im Vorjahr.

## 4. Studiendauer und Nebenjobs

Bachelor-Studierende mit einem Nebenjob haben im Durchschnitt kaum schlechtere Abschlussnoten als nicht erwerbstätige Studierende, brauchen für ihr Studium aber etwas mehr Zeit. Das geht aus einer [Analyse](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor, die am 16. Mai 2018 veröffentlicht worden ist. Bei einem Erwerbsumfang von 20 Prozent der Regelstudienzeit ist die Studiendauer rund zwei Monate länger und die Abschlussnote um 0,06 Punkte schlechter als bei Studierenden, die nicht neben dem Studium arbeiten.

## 5. Studium und Elternhaus

Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien beginnen statistisch gesehen 79 ein Hochschulstudium. Bei Nicht-Akademiker-Familien gehen 27 von 100 Kindern an eine Hochschule. Dies sind die Ergebnisse einer [Untersuchung](#) des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), die vergangene Woche veröffentlicht worden ist. Zwölf Prozent der Kinder, deren Eltern über keinen beruflichen Abschluss verfügen, gehen nach dem Schulabschluss an eine Hochschule. Hat mindestens ein Elternteil einen Berufsabschluss, steigt der Anteil der studierenden Kinder auf 24 Prozent. Hat mindestens ein Elternteil zusätzlich das Abitur als höchsten Schulabschluss erworben, beträgt die Hochschulbeteiligung 48 Prozent eines Jahrgangs.

## 6. Destatis-Broschüre „Schulen auf einen Blick 2018“ veröffentlicht

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts (Destatis) vom 16. Mai 2018, basierend auf der neu erschienen Broschüre „Schulen auf einen Blick“, hat sich die Anzahl der integrierten Gesamtschulen seit dem Schuljahr 2006/2007 auf rund 2.100 nahezu verdreifacht. Von Schließungen sind dagegen vor allem Hauptschulen betroffen: Von 2006/2007 bis 2016/2017 ist ihre Zahl um 45 Prozent auf 2.600 zurückgegangen. Bei den Realschulen hat der Rückgang 30 Prozent betragen. Insgesamt hat es im Schuljahr 2016/2017 in Deutschland 33.500 allgemeinbildende Schulen gegeben, das sind acht Prozent (2.800) Schulen weniger als vor zehn Jahren. Von den knapp 8,4 Millionen Schülern, die im Schuljahr 2016/2017 an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet worden sind, sind 34 Prozent auf eine Schule des Primarbereichs gegangen. Knapp die Hälfte aller Schüler hat den Sekundarbereich I und zwölf Prozent den Sekundarbereich II besucht. Im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 sind die Schülerzahlen insgesamt um elf Prozent zurückgegangen, vor allem aus demografischen Gründen. Weiterer erkennbarer Trend ist, dass immer mehr junge Menschen den Erwerb der Hochschulreife anstreben: Im Schuljahr 2016/2017 haben 13 Prozent mehr Schüler einen allgemeinbildenden Bildungsgang im Sekundarbereich II als noch zehn Jahre zuvor besucht.

## 7. Mehr Weiterbildung trotz einfacher Tätigkeiten

Während lange Zeit vor allem Beschäftigte mit Berufsabschluss an Weiterbildungen teilgenommen haben, steigt mittlerweile auch die Beteiligung Geringqualifizierter an Schulungen kontinuierlich an. Seit dem Jahr 1979 hat sich der Anteil der Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss, die sich weiterbilden, mehr als verdreifacht. Die Weiterbildungsbeteiligung Erwerbstätiger ohne Berufsabschluss liegt inzwischen bei rund 40 Prozent. Unter Erwerbstätigen mit Abschluss ist der Anteil mit gut 56 Prozent weiterhin höher. Von den Akademikern bilden sich rund 75 Prozent weiter. Das sind die Ergebnisse der [Analyse](#) „Keine Ausbildung – keine Weiterbildung?“, die das Institut der deutschen Wirtschaft am 15. Mai 2018 vorgestellt hat.

## 8. Einstellungschancen Langzeitarbeitsloser

44 Prozent der Betriebe sind bereit, langzeitarbeitslosen Bewerbern im Einstellungsprozess eine Chance zu geben. 34 Prozent der Betriebe würden nur Bewerber in Betracht ziehen, die weniger als ein Jahr arbeitslos waren. 14 Prozent der Betriebe würden arbeitslose Bewerber gar nicht berücksichtigen. Das geht aus einer [Arbeitgeberbefragung](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor, die am 15. Mai 2018 veröffentlicht worden ist.

## 9. Arbeitskosten im EU-Vergleich

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts, die am 16. Mai 2018 veröffentlicht worden ist, haben deutsche Arbeitgeber des Produzierenden Gewerbes und wirtschaftlicher Dienstleistungen im Jahr 2017 durchschnittlich 34,50 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde bezahlt. Somit hat das Arbeitskostenniveau in Deutschland innerhalb der Europäischen Union (EU) den Rang sechs belegt, einen Rang höher als im Jahr 2016. Gemessen am EU-Durchschnitt von 26,30 Euro haben deutsche Arbeitgeber 31 Prozent mehr für eine Stunde Arbeit bezahlt. Dänemark hat mit 43,60 Euro die höchsten Arbeitskosten je geleisteter Stunde, Bulgarien mit 4,90 Euro die niedrigsten. Bei den marktbestimmten Dienstleistungen hat Deutschland mit Arbeitskosten von 31,50 Euro pro Arbeitsstunde europaweit auf dem neunten Platz (20 Prozent über dem EU-Durchschnitt) gelegen. Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.

## 10. Startschuss für aktuelle Runde des Wettbewerbs „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland“

Der [Wettbewerb „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland“](#) geht in seine neunte Runde, wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am 14. Mai 2018 mitgeteilt hat. Er richtet sich an innovative und kreative Geschäftsmodelle aus der Kultur- und Kreativbranche. Die Preisträger erhalten ein einjähriges Mentoring und werden Teil eines großen Netzwerks, das ihnen dabei hilft, ihr Geschäftsmodell weiterzuentwickeln. Bis zum 1. Juli 2018 kann sich jeder aus der Kultur- und Kreativwirtschaft bewerben – Einzelpersonen, Teams und Unternehmen. Informationen zum Wettbewerb und zur Bewerbung stehen [hier](#).